

Ukraine: Überleben in Zeiten des Krieges

Von Anna Jikhareva

Es ist eine Zeit der tödlichen Superlative: Mit mehr als achthundert Sprengstoffdrohnen und einem Dutzend Raketen hat die russische Armee am ersten Septemberwochenende diverse Städte in der Ukraine attackiert – es war der größte Angriff seit Kriegsbeginn. Mehrere Menschen kamen dabei ums Leben. Einmal mehr war die ukrainische Hauptstadt Kyjiw eines der Hauptziele, erstmalig jedoch geriet dabei auch ein Regierungsgebäude in Brand. Offenbar hatte ein Iskender-Marschflugkörper im Sitz des Ministerkabinetts eingeschlagen, dessen Sprengladung allerdings nicht explodierte.¹ Bis der nächste, vermutlich noch größere Angriff kommt, ist es nur eine Frage der Zeit. Denn die Drohnenproduktion ist mittlerweile so günstig, dass Russland alle paar Tage einen ganzen Schwarm losschicken kann.²

Erst Ende August hatte Russland Kyjiw massiv bombardiert und damit den ersten Großangriff auf die ukrainische Hauptstadt gestartet, seit Donald Trump Russlands Machthaber Wladimir Putin in Alaska den roten Teppich ausrollte. Stundenlang leuchtet bei dem Angriff die Luftalarm-App auf dem Handy, die ganze Nacht über sind in der Stadt Explosionen zu hören. Als erstes fliegen die Drohnen los – jede mehrere Meter lang, die meisten mit Sprengstoff beladen. Wenn sie sich nähern, klingt es, als würde ein Motor heulen, weshalb sie hier auch „Moped“ genannt werden.

Die Luftabwehr bemüht sich zwar, sie jeweils schon am Stadtrand abzufangen, damit herunterfallende Trümmerteile keine Wohnviertel treffen; doch die schiere Anzahl bringt die Abfangsysteme ans Limit. Und sind diese erst beschäftigt, starten auf russischen Stützpunkten die noch tödlicheren Raketen. Die Telegram-Chats von Armee und kenntnisreichen Militärexperten melden, welche Flugkörper nach Kyjiw unterwegs sind und wann sie voraussichtlich eintreffen. Bis aufs Stadtviertel genau lässt sich bestimmen, wo die Geschosse der Kampfdrohnen in Kürze einschlagen werden. In dieser Nacht Ende August werden mehr als zwanzig Orte in der ganzen Stadt getroffen, 25 Menschen sterben, darunter vier Kinder, das jüngste keine drei Jahre alt.

* Der Beitrag basiert auf dem Text „Leben auf Stand-by“ der Autorin, der zuerst in der Schweizer „WoZ“ erschienen ist.

1 Kateryna Denisova, Charred walls, splintered floors: Inside Ukraine's government headquarters after a devastating Russian attack, kyivindependent.com, 9.9.2025.

2 Vgl. Simone Schlindwein, Russlands Rekrutierungsmaschine. Wie Putin junge Afrikanerinnen in der Kriegswirtschaft ausbeuten lässt, in: „Blätter“, 9/2025, S. 89-95.

Am Morgen darauf sind die Aufräumarbeiten in der Zhylianskastrasse im Herzen Kyjiws voll im Gang. Freiwillige Helfer:innen und städtische Reinigungstrupps kehren Glasscherben und Trümmerteile zusammen, tragen Schutt aus beschädigten Häusern, lassen demolierte Autos abschleppen. Dort, wo wenige Stunden zuvor noch Fenster waren, werden nun Spanplatten montiert. Passant:innen fotografieren die Zerstörung, ein Journalist spricht seine auswendig gelernten Sätze in die Kamera. Und im Frisörsalon nebenan fehlen zwar die Fenster, hängen lose Kabel von der Decke, Haare werden hier aber längst wieder geschnitten. Hauptsache, weitermachen, irgendwie.

Eine halbe Autostunde von der Zhylianskastraße entfernt sitzt Jewhen Sacharow in seinem Büro. Vor etwas weniger als einem Jahr habe seine Kharkiv Human Rights Protection Group (KHRPG) ihre Räumlichkeiten hierher verlegt, erzählt der 72-Jährige – in ein unscheinbares Gebäude mitten in einem Wohnviertel.³ In den alten sei es immer gefährlicher geworden, wegen der Nähe zu Objekten, die das russische Militär potenziell als Angriffsziel betrachtet. Jewhen Sacharow ist einer der prominentesten ukrainischen Streiter für die Menschenrechte, seit über dreißig Jahren prangert seine Organisation die Missstände im Land an. Geht es aber um Außenpolitik, stellt er sich vehement hinter Wolodymyr Selenskyjs Regierung. Friedensverhandlungen mit Putin werde es vorerst nicht geben, sagt er, „weil Putin keine Verhandlungen, sondern eine Kapitulation der Ukraine will“. In Trumps „Friedensbemühungen“ setzt Sacharow kaum Hoffnungen – wie fast alle hier.

So klar Sacharow Selenskyjs Außenpolitik unterstützt, so harsch fällt die Kritik an den autoritären Tendenzen der Regierung im Innern aus. „Selenskyj und sein engster Vertrauter, Andri Jermak, meinen, sie wüssten alles am besten und bräuchten nicht auf Expert:innen oder die politische Opposition zu hören.“ Fatal seien dabei nicht nur viele der militärischen Fehlentscheidungen, sondern auch der Umgang mit den Soldat:innen. Dass es für sie kein absehbares Ende des Einsatzes an der Front gibt, kritisiert er scharf. Und dass die Mitarbeiter:innen der Einberufungsbehörde wehrpflichtige Männer auf der Straße kidnappen, hält er für absolut illegal. Leider sei es in Kriegszeiten unmöglich, dagegen anzukämpfen: „Die Armee hat immer recht!“

Mit einem Ende der Kampfhandlungen rechnet Sacharow frühestens mittelfristig, „in einem Jahr, achtzehn Monaten vielleicht“. Dabei verweist er auf den Marschflugkörper „Flamingo“, eine angebliche Wunderwaffe, die ukrainische Expert:innen derzeit entwickeln. Anfang nächsten Jahres soll sie bereitstehen und die Verhältnisse auf dem Schlachtfeld wenden. „Dadurch wird unsere Armee stärker sein als die russische, unsere Verhandlungsposition besser.“ Es sei allerdings „das optimistische Szenario“, gibt er zu.

Ein Menschenrechtler, der den Umgang mit Soldat:innen kritisiert und gleichzeitig von Langstreckenwaffen schwärmt: Es ist ein typischer Gesprächsverlauf in Kyjiw in diesen Tagen, in denen alles in militärischen Kategorien verhandelt wird. Eine ganze Bevölkerung ist durch die Umstände dazu gezwungen, zu Militärexpert:innen zu werden – Ausdruck einer durch

3 Sofern nicht anders ausgewiesen, stammen alle Zitate aus Gesprächen mit der Autorin.

und durch militarisierten Gesellschaft. Aber was bleibt angesichts der anhaltenden russischen Angriffe auch anderes übrig?

Wie aber geht es damit den Ukrainer:innen? Die derzeit vorherrschenden Gefühle der Menschen in der Ukraine seien Unsicherheit und Erschöpfung, erläutert Anton Hruschekyj. Mehr als zwei Drittel der Befragten würden über psychische Probleme klagen. Hruschekyj ist Direktor des Kyjiwer Internationalen Instituts für Soziologie. Alle paar Monate befragen er und sein Team die Ukrainer:innen zu ihren Einstellungen. „Die Leute sagen: ‚Ja, wir sind müde, aber wir akzeptieren trotzdem nicht einfach irgendein Abkommen.‘“ Zur Kapitulation bereit seien bloß fünfzehn bis zwanzig Prozent, erklärt der Meinungsforscher, „nach dreieinhalb Jahren Völlinvasion keine sehr hohe Zahl“. Beträchtliche Unterschiede zwischen jenen, die in Frontnähe leben, und denen in den Städten weitab der Kampfhandlungen sieht er nicht. Was aber durchaus regional variere, sei die Bereitschaft zu Kompromissen mit Russland. „Leute, die jeden Tag durch die Hölle gehen, stimmen einem Einfrieren der Frontlinie und bestimmten Gebietsverlusten eher zu.“

Während am Anfang noch eine Art romantischer Optimismus geherrscht habe – „der vereinte Westen im Kampf gegen den Autoritarismus“ –, dächten die Leute inzwischen pragmatischer, viele seien zynisch geworden. Die Menschen würden primär versuchen, jeden einzelnen Tag zu überleben und größere Fragen auf später verschieben. „Es ist wie eine Bedürfnispyramide: Ganz unten kommt der elementare Wunsch nach Sicherheit; erst wenn der erfüllt ist, kann man über die Zukunft nachdenken.“

»Es geht um das Recht des Stärkeren«

Ein Eindruck, der sich auch im Gespräch mit linken Aktivist:innen bestätigt. Es bestehe eine große Machtasymmetrie, sagt Witali Dudin von der Organisation Sozjalnyj Ruch, was auf Deutsch so viel wie „soziale Bewegung“ heißt. „Und weil es in diesem Konflikt um das Recht des Stärkeren geht – Russland also –, bin ich nicht gerade optimistisch.“ Ein Treffen zwischen Putin und Selenskyj erwartet er frühestens in drei Monaten, womöglich aber auch erst Anfang des nächsten Jahres.

Dudins Einschätzung deckt sich mit einem Gefühl, das viele hier zunehmend beschleicht: dass schlussendlich bloß auf die eigene Kraft Verlass ist. „Die Unterstützung der USA schwindet immer mehr, und ich sehe nicht, wie die Europäer in die Bresche springen sollen“, sagt er. Um der Machtasymmetrie entgegenzuwirken und bei allfälligen Verhandlungen in einer besseren Position zu sein, dürften die westlichen Waffenlieferungen nicht aufhören, aber auch die eigene Aufrüstung müsse forciert werden. Meinungsforscher Hruschekyj wiederum hält die Frage der Sicherheitsgarantien für entscheidend. „Wenn sie überzeugend ausfallen, wären die Menschen hier zu Kompromissen bereit, so schmerzhaft sie auch sein mögen; wenn nicht, würden sie sich dagegen wehren, zu groß wäre die berechtigte Angst, dass Russland in ein, zwei Jahren erneut angreift.“

Verhandlungen, Sicherheitsgarantien, militärische Stärke. Was viele hier ebenso umtreibt, ist die Zukunft jener Gebiete, die Donald Trump in seinem Gespräch mit Putin als Verhandlungsmasse in einem „Gebietstausch“ markierte: jene rund zwanzig Prozent des ukrainischen Territoriums also, die Russland militärisch erobert oder auf dem Papier annektiert hat.

Die meisten würden sich mit dem Status quo vor der Vollinvasion ab Februar 2022 zufriedengeben, glaubt Menschenrechtler Sacharow – mit der (zumindest vorübergehenden) Aufgabe von Teilen der Oblaste Donezk und Luhansk sowie der Krim. Russland zusätzliche Gebiete zu überlassen, das würde die Mehrheit hingegen keinesfalls akzeptieren. „Und auch Selenskyj würde dem niemals zustimmen, weil er weiß: Sollte er das tun, würden ihn wütende Protestierende mitsamt seinem Präsidentenstuhl in den Dnipro werfen“, scherzt er. Um dann deutlich ernster hinzuzufügen: „Wir haben 200 000 unserer besten Leute verloren. Danach einfach Territorium abzugeben, ist unmöglich, absolut unmoralisch.“

Ähnlich sieht es auch Onysiia Syniuk. In ein paar Stunden wird die Juristin beim Menschenrechtszentrum Zmina ihren Bericht über willkürliche Inhaftierungen und das Verschwindenlassen von Regimegegner:innen in den besetzten Gebieten vorstellen. „Ich finde es sehr beunruhigend, wie meist nur von Land gesprochen wird – dabei geht es um Menschen“, sagt sie. Um jene, die in den von Russland besetzten Gebieten leben oder fliehen mussten und zurückwollen, jene, die Verwandte haben, um die sie sich sorgen, jene, die dort inhaftiert oder spurlos verschwunden sind. „Wir wissen, wie Russland dort agiert. Warum sollten wir noch mehr Leute diesem Schicksal aussetzen?“ Neben dieser „emotionalen Sichtweise“, wie Syniuk es nennt, gebe es auch eine praktische. Sie begreife nicht, „warum es für irgendjemanden von Vorteil sein sollte, dem Kreml zu geben, was er will“, schließlich würde Russland dann weitermachen, nach der Ukraine Polen angreifen oder die baltischen Staaten. Das aber bedeute: „Keine Sicherheit, für niemanden.“

Der Bericht, den Syniuk an diesem Tag vorstellt, zeichnet nach, wie die russischen Besatzer:innen über die vergangenen Jahre einen polizeistaatlichen Unterdrückungsapparat aufgebaut haben. Zuerst habe die russische Armee Gewalttaten verübt, Menschen verschleppt, inhaftiert und gefoltert: Leute, bei denen sie eine Unterstützung der ukrainischen Armee vermuteten, die öffentlich Ukrainisch sprachen oder Symbole bei sich trugen, die mit der Ukraine in Verbindung stehen, die Farben der Nationalfahne oder den goldenen Dreizack, das ukrainische Wappen. Die Besatzer:innen seien von Tür zu Tür gegangen, hätten die Bewohner:innen ausgefragt: Was denken Sie über die militärische Spezialoperation? Wie stehen Sie zu Präsident Putin? Kennen Sie jemanden, der oder die in der ukrainischen Armee dient? Nachdem Gebiete wie der Kyjiwer Vorort Butscha befreit wurden, kamen Zeugnisse furchtbarer Gräueltaten ans Licht.

Nach der offiziellen Annexion der vier ukrainischen Gebiete Luhansk, Donezk, Cherson und Saporischschja im Herbst 2022 sei dort eine Verwaltungsstruktur entstanden, „ein ganzer Staatsapparat“, erzählt Syniuk. Ein System, wie es auf der bereits 2014 annektierten Halbinsel Krim schon längst

in Kraft war. „Man brachte russische Richterinnen und Staatsanwälte, installierte russische Gerichte, unterwarf das Leben russischem Recht.“ Die Gebiete wurden damit den russischen Strafverfolgungsbehörden unterstellt. Inzwischen werden dissidente Stimmen offiziell angeklagt, wegen Spionage etwa. In vielen Fällen wird die vorher willkürliche Haft damit nachträglich legalisiert. Mit der Zeit seien es nicht mehr die Militäreinheiten gewesen, die die Repression in den besetzten Gebieten organisierten, sondern in erster Linie der russische Inlandsgeheimdienst FSB.

Besetzte Gebiete: Wer sich weigert, macht sich verdächtig

Das System umfasst aber nicht nur die Justiz, sondern auch viele andere Bereiche des täglichen Lebens. Die Besatzer:innen zwingen die Ukrainer:innen etwa, einen russischen Pass anzunehmen – wer sich weigert, bekommt nicht nur keine Kranken- oder Sozialversicherung, sondern gilt auch gleich als verdächtig. Expert:innen sprechen von „Russifizierung“. „Die Weigerung, am Gemeinschaftsleben teilzunehmen, wird als Zeichen dafür gewertet, dass man gegen die Besatzung ist“, sagt Menschenrechtlerin Syniuk.

KHRPG-Direktor Jewhen Sacharow spricht im Hinblick auf die Situation in den besetzten Gebieten von „Terror“. Gemeinsam mit anderen prominenten Menschenrechtler:innen aus der Ukraine hat er die Kampagne „People First“ ins Leben gerufen, welche die Freilassung von Gefangenen fordert – nicht nur ukrainischer Zivilist:innen und Kriegsgefangener auf beiden Seiten, sondern auch deportierter ukrainischer Kinder und politischer Gefangener in Russland, die wegen ihres Protests gegen den Krieg hinter Gittern sitzen. „Die Freiheit dieser Menschen muss in allen Verhandlungen zur Beendigung des Kriegs im Vordergrund stehen“, sagt Sacharow.

In der Nacht nach dem Gespräch mit Onysia Syniuk über die Menschenrechtslage in den besetzten Gebieten greift Russland die Ukraine erneut an, diesmal treffen hunderte Drohnen und Raketen vierzehn Regionen des Landes, darunter einmal mehr auch Kyjiw. In Saporischschja stirbt beim Einsturz eines Wohnhauses eine Person, mehrere Dutzend Menschen werden verletzt. „Die Zeit, die dafür gedacht war, ein hochrangiges diplomatisches Treffen vorzubereiten, wurde für die Organisation neuer Angriffe genutzt“, schreibt Selenskyj kurz darauf in seinem Telegramkanal.

Und wie immer nach einer nächtlichen Attacke geht das Leben am nächsten Morgen weiter. Nach bangen, schlaflosen Stunden gehen die Menschen zur Arbeit oder zum Einkaufen, sitzen in den Cafés, schlendern durch den Park, bemühen sich, wenigstens etwas Normalität aufrechtzuerhalten in einer Zeit, in der es längst keine Normalität mehr gibt. „Hast du im Flur geschlafen, oder bist du in den Luftschutzkeller?“, fragen sie ihre Freund:innen zur Begrüßung. Sie kümmern sich um ihre Kinder, pflegen betagte Angehörige, wünschen sich gegenseitig zum Abschied einen „friedlichen Himmel“. Sie machen einfach weiter, so gut es geht. Die Erschöpfung und die Unsicherheit aber, sie werden mit jedem Angriff noch ein Stück größer.